



In dieser Ausgabe berichten wir über:

CORONA - Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses

KINDERTAGESSTÄTTEN - Gebührenverzicht

HOLZVERMARKTUNG - Endlich geklärt

DORFLÄDEN - Pläne für die Zukunft

TAFELLADEN ALTENSTADT - SPD hilft

SPD LIMESHAIN - Auf Kurs zur Kommunalwahl 2021

BI SCHATZBODEN - 7 sogenannte Skandale widerlegt

PRESSEMITTEILUNG - Parteienbündnis nimmt Stellung

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

„Die Welt ist im Wandel“. Mit diesen Worten beginnt die monumentale Verfilmung von J.R.R. Tolkiens Epos „Der Herr der Ringe“, in dem die sicher geglaubte Stabilität eines Landes, seiner Bewohner und Kulturen in Trümmer gelegt wird. Unsere Gemeinde steht zwar sehr gut da. Schaden kann man dennoch auf vielfältige Art anrichten, wie man gut an Donald Trumps verbalen Entgleisungen beobachten kann.

In Limeshain hat bedauerlicherweise seit einiger Zeit ein ähnlicher Ton Einzug gehalten. Die von den Grünen maßgeblich dominierte Bürgerinitiative Schatzboden setzt verstärkt auf Überzeichnungen, unrichtige Behauptungen sowie persönliche Diffamierungen, und weit weniger auf sachliche Argumentation. Es stellt sich die Frage, warum die Bürgerinitiative diesen populistischen Weg wählt und die Grüne Partei ihn sich somit auch zu Eigen macht. Ihr geht es freilich um die Generierung von Wählerstimmen. Daran herrscht kein Zweifel.

Damit wir uns nicht falsch verstehen. Die sachbezogene politische Auseinandersetzung schätzen wir. Die Skandalisierung und die gezielte Verbreitung von falschen Inhalten lehnen wir jedoch ab.

In keiner Weise erträglich sind die persönlichen Angriffe auf unseren Bürgermeister Adolf Ludwig und ehrenamtlich Tätige unserer Fraktion. Auch unser verdienter Alt-Bürgermeister Klaus Hühn musste schon Hohn und Spott der BI über sich ergehen lassen, und das aus belanglosesten Gründen.

Wer, wie die Bürgerinitiative, den Weg der ständigen Eskalation und Verbalrandale geht, verhindert die sachliche politische Auseinandersetzung und schwächt damit die Demokratie. Hieran haben die Limeshainer Grünen maßgeblichen Anteil. Mit dem jüngst an alle Haushalte verteilten Flyer der BI ist das Maß nun voll.

Mit dieser Einschätzung stehen wir Limeshainer Sozialdemokraten nicht allein. Die SPD Hammersbach und die SPD Büdingen, die CDU Limeshain und die CDU Büdingen, die Freien Wähler Büdingen, die FDP Büdingen und die Bürger Pro-Vernunft Büdingen haben dazu mit uns eine gemeinsame Stellungnahme abgegeben. Ein breites Bündnis demokratischer Parteien stellt sich somit der Veröffentlichung der Bürgerinitiative entgegen. Das ist in unserer Region bisher einzigartig.

Ja, die NPD und die Grünen der jeweiligen Kommunen haben wir hierzu nicht angefragt. Mit der NPD arbeiten Sozialdemokraten prinzipiell nicht zusammen – das Versprechen gilt für die Ewigkeit – und die Grünen stellen maßgeblich das Personal in der Bürgerinitiative und sind in der Kritik daher mitgemeint. Den Text der gemeinsamen Erklärung finden Sie hier im Heft.

Heute muten wir Ihnen zudem einen längeren Beitrag als gewohnt zu. Im erwähnten Flyer hat die Bürgerinitiative Schatzboden eine Reihe angeblich „sorgfältig belegter“ Argumente vorgetragen, die aber einer Überprüfung nicht standhalten. Man hofft wohl, durch ständige Wiederholung bei den Bürgerinnen und Bürgern zu punkten. Irgendetwas wird schon hängen bleiben und der Zweck die Mittel heiligt, sozusagen. Jedoch wissen wir aus vielen Gesprächen, dass Stil und Mittel der BI in unserer Gemeinde äußerst kritisch gesehen und hinterfragt werden. Uns als Partei hat dies sogar kürzlich einen deutlichen Mitgliederzuwachs beschert. Eigentlich wollten wir am „Wir-haben-aber-recht-Ping-Pong“ mit der BI nicht weiter teilnehmen, aber der Flyer hat rote Linien überschritten. Das kann nicht unwidersprochen bleiben.

Zum Glück gibt es auch noch andere Themen, die für uns – und hoffentlich auch für Sie – von Interesse sind.

Mehr dazu im Heft.

Bleiben Sie gesund und genießen Sie den Sommer!



Vorsitzender der SPD-Fraktion

Corona

Die Einschränkungen infolge der Pandemie haben sich auch auf das politische Leben in Limeshain ausgewirkt. Sitzungen der Gemeindevertretung konnten nicht stattfinden. Die Hessische Gemeindeordnung gestattet jedoch, in solchen Situationen erforderliche Entscheidungen im Haupt- und Finanzausschuss durch Umlaufverfahren per Mail zu treffen. Das ist in einigen Fällen geschehen. Unser Bürgermeister hat einen Krisenstab eingerichtet, der sich über die aktuelle Situation und die Konsequenzen für das Handeln unserer Gemeinde ständig austauscht. Die eigens eingerichtete Hotline unserer Gemeinde nutzten zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, um Auskünfte und Ratschläge einzuholen. Auch Einkaufshilfen wurden von dort vermittelt.

Kindertagesstätten

Die Einschränkungen waren für die Familien der Kita-Kinder besonders hart. Die Notbetreuung, die nur in engen Grenzen gestattet war, wurde durchgeführt. Jetzt muss die Gemeindevertretung über die Gebühren für die Zeit der Schließung entscheiden. Wir sind der Ansicht, dass die Gemeinde in dem rechtlich möglichen Rahmen verzichten soll, um die Familien zu entlasten. Freilich ist aus unserer Sicht der Gebührenaussfall von ca. 70.000 Euro gut investiert in die wirtschaftliche Entlastung von Familien und insbesondere der Eltern, die in systemrelevanten Berufen arbeiten.



Holzvermarktung

Im November haben wir Ihnen berichtet, dass der Landesbetrieb Hessenforst das Holz der Kommunen nicht mehr vermarktet. Daher hatte die Gemeindevertretung beschlossen, dem zu gründenden „Holzkontor Main-Kinzig Wetterau“ beizutreten. Die Rechtslage hat sich inzwischen dahingehend verändert, dass die „Forstbetriebsgemeinschaft Wetterau“ die Holzvermarktung übernehmen darf. Da unsere Gemeinde dort ohnehin Mitglied ist, hat der Haupt- und Finanzausschuss den damaligen Beschluss aufgehoben und die Limeshainer Holzvermarktung an die „Forstbetriebsgemeinschaft Wetterau“ mit Sitz in Büdingen übertragen. Unser Bürgermeister Adolf Ludwig ist stellvertretender Vorsitzender der Forstbetriebsgemeinschaft.



Dorfläden

Unsere Dorfläden in Hainchen und Himbach waren und sind uns und für unserem Bürgermeister schon immer eine Herzensangelegenheit. Sie wurden gezielt für die Belebung der Ortskerne und für die Nahversorgung der Bürgerinnen und Bürger geplant. Beide Dorfläden haben eine wichtige soziale Funktion: Man trifft sich - manche sogar regelmäßig; man redet miteinander und kann dabei einen Kaffee trinken; man erfährt, was im Ort geschehen ist. Wenngleich wir den Rückzug der Diakonie aus dem Betrieb der Dorfläden tief bedauern, auch den Zeitpunkt, muss dies auch als Chance für eine kreative, moderne und damit auch wirtschaftlichere Weiterentwicklung der Grundidee Dorfläden gesehen werden. In Himbach sind die Weichen gestellt. Hier wurde bereits ein Nachfolger mit interessanten, zeitgemäßen und regionalen Konzepten gefunden. Vielleicht kann das auch ein Signal für Hainchen sein. Das wünschen wir uns.



Hilfe Tafelladen

Die Tafel in Altenstadt sucht derzeit händeringend nach Lebensmittel-Spendern: Der Limeshainer Bürgermeister Adolf Ludwig und die Altenstädter Landtagsabgeordnete Lisa Gnadl zusammen mit ihren SPD-Ortsverbänden reagierten. Unterstützt wurden sie bei der Solidaraktion vom Vorstandsmitglied der AWO Hainchen Ingeborg Hühn.

Wegen des Coronavirus ist momentan ein normaler Betrieb des Tafelladens nicht möglich. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter gehören selbst zur Risikogruppe und können daher nicht wie gewohnt überschüssige Lebensmittel bei hiesigen Supermärkten abholen. Aus diesem Grund startete der Tafelladen Altenstadt einen Aufruf an die Bürgerinnen und Bürger, Lebensmittel zu spenden. Adolf Ludwig und die Limeshainer SPD schlossen sich daraufhin mit Lisa Gnadl sowie den Altenstädter Genossen zusammen und holten außerdem noch die AWO Hainchen mit ins Boot. Spontan kamen über 550 Euro an Spenden zusammen.



Adolf Ludwig und der Limeshainer SPD-Fraktionsvorsitzende Andreas Bäcker kauften je zur Hälfte haltbare Lebensmittel in den Dorfläden Himbach und Hainchen, wo sie von Ingeborg Hühn (AWO Hainchen) tatkräftig unterstützt wurden.

Der Tafelladen Altstadt greift etwa 300 Personen, darunter 80 Kinder, helfend unter die Arme. Rund ein Viertel davon kommt aus Limeshain. Wer ebenfalls haltbare Lebensmittel wie Nudeln, Kaffee, Konserven oder Reis spenden möchte,

der kann sich unter der Telefonnummer 06047/2731 bei der Altenstädter Tafel informieren.

SPD Limeshain auf Kurs zur Kommunalwahl 2021

Die SPD Limeshain freut sich über einen ordentlichen Mitgliederzuwachs. Alleine im April sind vier Neumitglieder beigetreten. Die Anzahl der Mitglieder der SPD Limeshain stieg somit auf 105 an.

Auch wir hoffen natürlich, dass die Corona-Zeit bald vorbei sein wird und wir unsere Sitzungen, Hauptversammlungen, Frauen- und Ü60-Stammtische, Familientreffen, Ausflüge sowie weitere Veranstaltungen wie z.B. den traditionellen Kinderfasching wieder durchführen können. Derzeit stehen der Vorstand und die Fraktion in ständigem telefonischen oder schriftlichen Kontakt, um die politische Arbeit bestmöglich am Laufen zu halten.

Wir von der SPD Limeshain werden unseren Bürgerinnen und Bürgern zur Kommunalwahl 2021 wieder ein umfassendes politisches Angebot machen. Die weitere Schaffung heimatnaher Arbeitsplätze, eine gut funktionierende Infrastruktur, die Sicherstellung der medizinischen Versorgung, der Ausbau des ÖPNV und der Kinderbetreuung, Umwelt- und Klimaschutz sowie ein ausgeglichener kommunaler Haushalt: Das sind die Ziele, die wir uns auf die Fahne schreiben.

Bei Interesse an unserer politischen Arbeit wenden Sie sich bitte an unsere Vorsitzenden Matthias Keißner und Andreas Bäcker. Zu finden sind wir im Internet unter www.spd-limeshain.de oder bei Facebook unter SPD Limeshain.

Was ist dran an den sieben behaupteten Skandalen der BI?

Warum sind die Gemeindevertreterinnen und -vertreter in Limeshain und Hammersbach sowie die Stadtverordneten in Büdingen so aufgebracht über den Flyer der BI?

Weil er eine Ansammlung von Verdrehungen, Unwahrheiten, Verzerrungen der Wirklichkeit und persönlicher Angriffe enthält, die man nicht einfach unwidersprochen stehen lassen kann.

Was heißt das denn im Einzelnen? Schauen wir einmal genauer nach.



Ziemlich klammheimlich?

Bevor die BI die angeblichen Skandale schildert, wird in einem Vorspann versucht, den Eindruck zu erwecken, dass die Entwicklung des Gewerbegebietes erst „vor eineinhalb Jahren“ offensichtlich wurde. Dass „ziemlich klammheimlich“ Tatsachen geschaffen wurden, um zu verbergen, was der Zweckverband „wirklich im Schilde führte“. Als ob es sich um eine verschwörerische Geheimoperation gehandelt hätte.

 **RICHTIG IST:** Die Entscheidungen des Zweckverbands und der Gemeindegremien, um die es hier geht, also um die Erweiterung, wurden alle schon 2016 oder früher getroffen. Vor mindestens vier Jahren also. Die Lokalzeitungen hatten darüber mehrfach groß berichtet. Alle Entscheidungen fielen in öffentlichen Beratungen. Beteiligt waren fast 90 Gemeindevertreterinnen und -vertreter sowie Stadtverordnete. Alle Beschlüsse fielen mit sehr großen Mehrheiten. In Limeshain wurde die Osterweiterung sogar einstimmig, auch mit den Stimmen der Grünen, beschlossen. In der Verbandsversammlung sind alle Parteien aus den Gemeindeparlamenten von Büdingen, Hammersbach und Limeshain vertreten. Wie soll da etwas „klammheimlich“ geschehen?

Wirkliche Ziele verborgen?

So habe man es den Bürgern „verkauft“, bemängelt die BI: 24 Hektar gemischtes Gewerbegebiet mit etwa 20 % Sonderfläche Logistik. Das zeige bis heute der Bebauungsplan. Und daraus sei – mehr oder weniger unbemerkt – dann der gigantische ‚Logistikpark Frankfurt Nord-Ost‘ mit doppelter Fläche geworden.

 **RICHTIG IST:** Die beteiligten Kommunen strebten von Anfang an für ihr Interkommunales Gewerbegebiet Limes eine Fläche von etwa 50 Hektar an. Das wurde durch die Regionalplanung zunächst nicht genehmigt. Später setzte dort ein Umdenken ein, so dass der Zweckverband wieder seine ursprüngliche Planung verfolgen konnte. Die entsprechenden Anträge sind in Arbeit.

Im bereits umgesetzten Gebiet von 24 Hektar wurden etwa vier Hektar Sonderfläche Logistik ausgewiesen. Auch höhere Gebäude hätten hier erstellt werden dürfen (was nicht geschah). Das heißt aber nicht, dass Logistik in den übrigen Bereichen ausgeschlossen war. Die Gebäude, die wir heute sehen, entsprechen dem beschlossenen Bebauungsplan. Andernfalls wären sie durch die zuständigen Behörden nicht genehmigt worden.

Die kleine Norderweiterung des Gewerbegebietes wurde genau mit dem Konzept, wie es jetzt verwirklicht ist, in den Parlamenten und in der Verbandsversammlung in öffentlichen Sitzungen beschlossen. In Limeshain, wie schon erwähnt, sogar mit Zustimmung der Grünen.

Die Aussage der BI, der gültige Bebauungsplan zeige ja gar nicht die angestrebten 50 Hektar, offenbart eine erschreckende Unkenntnis oder bewusste Verdrehung. Der gültige Bebauungsplan umfasst nur das bisher Geplante und Genehmigte. Die beabsichtigten Erweiterungen darf er gar nicht enthalten. Dafür wären weitere Bebauungspläne notwendig.

Davon, dass den Bürgern ein falsches Bild „verkauft“ werden sollte, um irgendwelche geheimen Absichten zu verbergen, kann also überhaupt keine Rede sein.

Parteibuchwirtschaft?

Mehrmals deutet die BI an, die Zugehörigkeit des Aufsichtsratschefs der Dietz AG zur SPD „könnte eine Rolle gespielt haben“. Bürgermeister Michael Göllner habe das gar nicht erst abgestritten.

 **RICHTIG IST:** Lothar Klemm ist SPD-Mitglied, war früher hessischer Wirtschaftsminister und ist als ehemaliger Unterbezirksvorsitzender der Main-Kinzig-SPD in ausgesprochen positiver Erinnerung geblieben. Falsch sind aber sämtliche Unterstellungen der BI zu diesem Thema. Michael Göllner wird das Wort im Mund herumgedreht.

Er hat gegenüber dem HR lediglich erklärt, dass er Klemm aus der Parteiarbeit als sehr vertrauenswürdig kennt. Ansonsten hat das „Parteibuch“ keine geheimnisvolle Rolle gespielt. Wie könnte das auch sein? Bürgermeister Göllner hat im Verband weder eine alleinige Entscheidungsgewalt noch hat die SPD die Mehrheit in der Verbandsversammlung. Die Entscheidungen des Zweckverbands haben nichts mit irgendjemandes Parteimitgliedschaft zu tun. Dagegen hätten CDU, FDP und Freie Wähler sich in den Parlamenten und in der Verbandsversammlung gewehrt.

Absage an lokale Interessenten?

Das hält die BI für den ersten Skandal.

 **RICHTIG IST:** Lokale Bewerber wurden von der Verbandsversammlung nur in sehr wenigen Fällen – begründet – abgelehnt, wie im Übrigen auch einige überregionale Bewerber. Was waren die Gründe? Zu erwartende Emissionen (Lärm und Schmutz), die vor allem den Anwohnern in Himbach nicht zugemutet werden sollten. Eine Rolle spielte immer wieder auch die Frage, ob und in welcher Zahl die jeweiligen Bewerber Arbeitsplätze schaffen würden. Unternehmen, die z.B. vorrangig an Lagerfläche interessiert waren, wurden daher abgelehnt.

Idyllische Landschaft neben der Autobahn?

Die BI malt „*ein idyllisches Landschaftsbild in der Nachbarschaft geschützter Fachwerk-Ensembles*“, beklagt, dass „*ein über Jahrhunderte erhaltener historischer Handelsweg und Vorrangflächen für Klima-, Wasser- und Naturschutz ... betonierte werden*“ sollen. Gleichzeitig wird die Angst vor „*Monsterhallen*“ geschürt.

 **RICHTIG IST:** Vorab gesagt, Hallen sind keine „*Monster*“. Sie beißen nicht und sie bedrohen einen nicht. Sie mögen einem optisch nicht gefallen. Das ist verständlich. Aber sie beherbergen Unternehmen, die einen großen Beitrag zu unserer Versorgung leisten. Sie sind wirtschaftlich ertragreich für unsere Kommunen und bieten Arbeitsplätze für viele Menschen. Das muss man gegeneinander abwägen.

Die „*erst idyllische Landschaft*“ wird genau hier seit Jahrzehnten von der Autobahn durchschnitten. Wo hätte man in den Gemarkungen der drei Kommunen besser ein Gewerbegebiet einrichten können als direkt neben der A45? Der Anblick der *Fachwerkensembles* wird in keinem der Dörfer durch die Hallen beeinträchtigt. Die Kreisarchäologie hat ausdrücklich bestätigt, dass der Alte Handelsweg ohne jede besondere Bedeutung ist.

Hervorragender Ackerboden geht verloren?

Bemerkenswerterweise spielt der Verlust von Ackerboden in der BI-Publikation kaum noch eine herausgehobene Rolle. Dennoch steht hier eine grundlegende Frage im Raum. Sind Ackerböden unantastbar oder können auch andere Nutzungen begründet sein?

 **RICHTIG IST:** Hier bleibt am Ende nur die Abwägung. Wo kann welcher Boden für welche Zwecke überbaut werden? Und werden dabei die Vorgaben zum erlaubten Flächenverbrauch beachtet? Wenn der Flächenverbrauch nicht bei null liegen kann (dieses Dogma teilen nicht einmal die hessischen Grünen), weil neue Wohn- und Gewerbegebiete unverzichtbar sind, dann muss man abwägen, wo bisher landwirtschaftlich genutzte Böden umgewandelt werden können. Für die drei Kommunen war von Anfang an klar: wenn, dann hier an der Autobahn. Es gibt in Büdingen, Limeshain und Hammersbach keine andere Fläche, die besser geeignet wäre.

Ohne Gegenleistung bevorzugt?

Die BI behauptet, der Dietz AG sei „*ohne jede Ausschreibung und Gegenleistung ein exklusives Vorkaufsrecht*“ auf die geplante Erweiterungsfläche eingeräumt worden. Und erst „*nach langem Mauern*“ seien die Verträge des Zweckverbandes mit der Dietz AG bekannt geworden.

 **RICHTIG IST:** Die inhaltlichen Eckpunkte der Verträge des Zweckverbandes mit der Dietz AG wurden von der Verbandsversammlung in öffentlicher Sitzung am 2. Juni 2016 ausführlich diskutiert und mit 11 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und einer Enthaltung beschlossen. Die Eckpunkte wurden in den abgeschlossenen Verträgen eins zu eins umgesetzt.

Von einem exklusiven Vorkaufsrecht kann nicht die Rede sein. Der Zweckverband hat sich bewusst für die Dietz AG entschieden, da das Unternehmen bereit war, die erste Fläche von etwa 16 Hektar sofort zu erwerben. Alle anderen Interessenten wollten die Grundstücke nur in Option bekommen. Die Dietz AG hat im Gegensatz zu den anderen Interessenten die Flächen für rund 11,5 Millionen Euro gekauft. Der Verband gewährte im Gegenzug für

einen bestimmten Zeitraum der Dietz AG das Vorkaufsrecht, falls die Erweiterungsflächen entwickelt werden.

Die Vorstellung von einer „Ausschreibung“, gar mit „Gegenleistung“, ist vollkommen irrig. Alle Bedingungen für das Bauen im Verbandsgebiet werden durch den Bebauungsplan vorgegeben. Der Zweckverband bietet seine Grundstücke auf dem Markt an. Anschließend entscheidet sich die Verbandsversammlung für einen Bewerber. Welche „Gegenleistung“ sollte jemand erbringen, die über die Zahlung des Kaufpreises und die Einhaltung der Bauvorschriften hinausgeht?

Halle zu Geld gemacht?

Die Dietz AG habe die erste Halle schon kurz vor der Inbetriebnahme zu Geld gemacht, so die BI, obwohl das Unternehmen doch angegeben habe, seine Immobilien langfristig im Besitz zu halten und zu verwalten.



RICHTIG IST: Die Dietz AG hat durch einen sogenannten Share Deal die britische Tritax beteiligt und durch diese Beteiligung die Halle refinanziert. Diese Form der Refinanzierung ist steueroptimiert, aber vollkommen legal. Für den Zweckverband und die beteiligten Gemeinden hat sie keinerlei steuerliche oder sonstige Nachteile. Eigentümer ist weiterhin derselbe wie bisher, und Dr. Wolfgang Dietz ist der Geschäftsführer der Gesellschaft, der das Grundstück gehört und die für das Management der Liegenschaft verantwortlich ist.

Grob fehlerhaftes Gutachten?

Ein Gutachten des zertifizierten Ingenieurbüros M+P aus Hagen zu Bodenbelastung im Bereich der Osterweiterung erwies sich *„als grob fehlerhaft und in der Schlussfolgerung völlig abwegig“*, konstatiert die BI und wirft dem Investor vor, dieses *„völlig haltlose Gutachten“* vorgelegt zu haben. Weiter wird konstatiert, dass aufgrund der Veröffentlichung im Roten Rundblick *„hinter den Kulissen wochenlang gerungen und Maulkörbe verordnet werden mussten, um eine Klage gegen die Limeshainer SPD-Funktionäre Wolfgang Schönfeld und Andreas Bäcker abzuwenden“*.



RICHTIG IST: Mit wem wurde *„gerungen“*? Von wem wurden *„Maulkörbe verordnet“*? Diesen Aussagen fehlt jeglicher Hintergrund. Von einer beabsichtigten Klage gegen unsere Fraktionsführung ist uns bis heute auch nichts bekannt.

Die Dietz AG hat den Vorstand darüber informiert, dass das Gutachten von M+P bedenkliche Ergebnisse aufweist, und Bürgermeister Göllner als Betreiber der in der Nähe befindlichen Wasserversorgung in Kenntnis gesetzt. Das war ohne Zweifel richtig. Der Vorstand hat sich weder das Gutachten noch die Schlussfolgerungen zu Eigen gemacht, aber die zuständigen Behörden und die Mitglieder der Verbandsversammlung informiert.

Die SPD Limeshain hat im Roten Rundblick aus dem damals einzig bekannten Gutachten zitiert, das den gefundenen Wert des Pflanzenschutzmittels Terbutylazin als erheblich über dem Grenzwert eingestuft hat, und geschlussfolgert, dass mit Bebauung eine Lösung möglich sei.

Auf dem Stammtisch der BI wurde unser Fraktionsvorsitzender Andreas Bäcker mit einem angeblichen Gegengutachten konfrontiert und zur Gegendarstellung aufgefordert. Herr Bäcker bat mehrfach um Einsicht des augenscheinlich vorhandenen Schriftstückes. Dies wurde ihm vor Ort wiederholt verweigert. Dennoch sagte er öffentlich zu, dass die SPD Limeshain selbstverständlich in der nächsten Ausgabe des Roten Rundblicks darüber berichten würde, wenn andere Gutachten öffentlich bekannt und von der BI zur Einsicht zu Verfügung gestellt werden würden.

Unser Fraktionsvorsitzender bat darauf hin die Grünen in Limeshain zweimal schriftlich um Veröffentlichung des Schriftstückes. Dies wurde gleich mehrfach verweigert, wohl um die SPD weiter kritisieren zu können.

Als wir schließlich über Umwege das Gegengutachten einsehen konnten, stellten wir fest, dass darin sogar noch deutlich höhere Werte des Pflanzenschutzmittels bestimmt wurden. Betont wurde allerdings auch, dass die Belastung des Bodens sich im Rahmen der zulässigen Grenzwerte bewege.

Wir haben unser Wort gehalten und in der nächsten Ausgabe unseres Roten Rundblicks darüber berichtet. Das verschweigt die BI natürlich. Das Feindbild wurde geschaffen und sollte erhalten bleiben.

Die SPD steht zu unserer örtlichen Landwirtschaft und hat diese auch zu keinem Zeitpunkt angegriffen, noch wollte sie das. Die SPD hat zu keinem Zeitpunkt den Boden begutachten lassen, noch wollte sie das je.

Unglücklicher Umgang mit Geld?

Agiert der Zweckverband „*kaufmännisch unglücklich*“? Ist der Nettoertrag aus dem Flächenverkauf tatsächlich „*unterdurchschnittlich*“? Ist die Klage gegen das eigene Finanzamt ein schlechtes Zeichen? Stellt sich der Verbandsvorsitzende gar über geltendes Vergaberecht der EU und muss dafür eine Rüge einstecken? Die BI zieht bei diesem Thema alle Register, um den Verband und seinen Vorstand und damit auch unseren Bürgermeister in ein möglichst schlechtes Licht zu rücken.

 **RICHTIG IST:** Aktuell verfügt der Zweckverband über einen Kontostand von rund 1,5 Millionen Euro. Für den Straßenendausbau werden noch rund 500.000 Euro Kosten anfallen, für Ausgleichsmaßnahmen rund 200.000 Euro. Dem gegenüber stehen zu erwartende Zahlungseingänge durch Grundstücksverkäufe in Höhe von etwa 3 Millionen Euro. Der größte Teil der Fläche für die Westerweiterung wurde bereits vom Zweckverband erworben. Hier können daher weitere nennenswerte Beträge erwirtschaftet werden.

Aktuell hat die Verbandsversammlung eine Entnahme von 250.000 Euro für jede Verbandskommune beschlossen, die in die jeweilige Haushaltskasse fließt. Der Vertreter der Limeshainer Grünen in der Verbandsversammlung nahm an der Abstimmung per Umlaufbeschluss leider nicht teil. Die Gründe sind uns nicht bekannt. Nicht auszudenken, wenn es wegen seiner fehlenden Stimme keine Mehrheit gegeben hätte. Unserer Gemeinde wäre eine üppige Zahlung entgangen, welche höchst willkommen ist in Corona-Zeiten. Für die Grundstücke hat die Verbandsversammlung einst einen Verkaufspreis von 65 Euro pro Quadratmeter beschlossen. Die Dietz AG zahlte 70 Euro, die fortan auch für andere als Preis galten. Warum das „*dem Vernehmen nach unterdurchschnittlich*“ sein soll, erklärt die BI nicht.

Gegen das Finanzamt klagte der Zweckverband, weil es rund 300.000 Euro an Grunderwerbssteuer eintreiben wollte. Das Rechtsverständnis des Finanzamtes wurde angefochten, weil der Verband berechnete und stichhaltige Einwände vorbringen konnte. Hätte er etwa darauf verzichten sollen, seine Rechte einzuklagen? Der Zweckverband erwartet nun, dass die schon geleistete Zahlung zu großen Teilen inklusive Zinsen zurückerstattet wird.

Der Hinweis auf den Prüfbericht voller „*Rügen und Ermahnungen*“ ist an den Haaren herbeigezogen. Das Rechnungsprüfungsamt empfiehlt am Ende ausdrücklich die Entlastung des Vorstands, weil keine der Anmerkungen wirklich gewichtig ist.

Die angesprochenen Vergaben hat die Verbandsversammlung beschlossen, nicht der Vorstandsvorsitzer. Es ist zu vermuten, dass die BI sich hier auf eine Bemerkung des Rechnungsprüfungsamtes bezieht, die moniert, dass eine Vergabe nicht europaweit ausgeschrieben worden sei. Dies war der Fall, weil die ursprüngliche Kostenschätzung unter dem dafür geltenden Schwellenwert lag. Dass Michael Göllner angeblich „*sinngemäß*“ geantwortet haben soll, er sei halt manchmal schlauer als die EU, ist dreist erlogen.

Und noch etwas: „Die“ oppositionelle CDU gibt es im Verband nicht. Die Vertreter der CDU aus Büdingen und Limeshain stehen zu allen bisherigen Beschlüssen des Zweckverbandes.

Planungsversagen und Inkompetenz?

Haben sich die Vorstände „*hinsichtlich ihrer Kompetenz heillos übernommen*“? Gibt es tatsächlich „*ein umfangreiches Planungsversagen*“? Die BI führt zur Begründung eine Zufahrtsstraße an, die abgerissen und durch eine neue an anderer Stelle ersetzt wurde.

 **RICHTIG IST:** Auch dieser „Skandal“ ist keiner. Alles wurde in öffentlichen Sitzungen behandelt und beschlossen. Zunächst hatte die Verbandsversammlung beschlossen, die ursprünglich geplante Straße zu versetzen, um die Ansiedlung eines Büdinger Unternehmens zu ermöglichen, denn es drohte ganz aus der Region abzuwandern. Nachdem dies nach mehreren verschobenen Notarterminen nicht zustande kam, wollte eine andere Büdinger Firma das Grundstück erwerben. Auch dieses Unternehmen wählte wieder kurzfristig eine andere Lösung. Hier sieht man, dass sich der Zweckverband sehr darum bemüht hat, einheimische Firmen zu halten. Erst danach wurde von der Verbandsversammlung das Konzept beschlossen, das mit der Dietz AG verwirklicht werden konnte. Die Kosten für die Straßenverlegung wurden durch die Dietz AG getragen.

Ein weiteres Versagen entdeckt die BI darin, dass LKW, die zum Gewerbegebiet möchten, durch Himbach fahren.

 **RICHTIG IST:** Einige LKW fahren tatsächlich zurzeit noch fehlgeleitet durch Himbach. Die Gründe dafür sind vielschichtig und keineswegs so klar, wie die BI behauptet. Es liegt nicht nur an der Wegweisung. Offenbar leiten auch Navigationsgeräte falsch. Aber richtig, das alles muss abgestellt werden.

Deswegen hat Bürgermeister Ludwig bereits Ende Januar 2020 formal bei der Verkehrsbehörde des Wetteraukreises ein Durchfahrtsverbot für Fahrzeuge größer als 7,5 Tonnen für die Ortsdurchfahrt Himbach zur Genehmigung beantragt. Ebenso hat er bei dem zuständigen Regionalbevollmächtigten von HessenMobil bereits Anfang Mai einen Zusatzhinweis für die bisherige Beschilderung an der Autobahnanschlussstelle Hammersbach beantragt und am 15. Mai von diesem eine telefonische Zusage für diese Beschilderung erhalten, mit einem Umsetzungszeitfenster von einigen Wochen. Später, am 2. Juni, erhielt zunächst die SPD-Hammersbach und im Weiteren auch Klaus Wörner/Grüne Limeshain - dieser wohl als Letzter - die Mitteilung von HessenMobil, dass man deren Anregungen zum Anlass für die Beschilderung nehmen werde. Jedoch sah sich nur Klaus Wörner dazu veranlasst, unmittelbar eine Pressemitteilung zu veröffentlichen. Ein seriöser Politiker vermeldet Erfolg erst, wenn das Schild steht.

Mit handgestrickten Plakaten an Laternenpfählen in unseren Ortsmitten, wie sie die BI zunächst wohl ohne Genehmigung aufgehängt hat, kommt man einer Lösung jedenfalls nicht näher.

Alle weiteren „Skandale“ (Notdurft, Waschmöglichkeiten, Wendehammer etc.) sind entweder sachlich völlig falsch oder völlig übertrieben dargestellt. Waschmöglichkeiten und Toiletten sind für die LKW-Fahrer bei ID Logistics problemlos zugänglich. Man muss im Übrigen akzeptieren, dass die Inbetriebnahme des Gewerbegebietes stetig voranschreitet, aber nicht abgeschlossen ist. Nicht alles war/ist vorhersehbar, wird aber schnellstens abgearbeitet und besser geregelt. Dafür sorgt das angeblich „überforderte Personal im ZWIGL-Vorstand“ allen Verdrehungen, Übertreibungen und Unwahrheiten zum Trotz.

Keine nennenswerten Arbeitsplätze?

Die BI behauptet, die Ankündigungen würden nicht eingehalten. Zudem sorge der erste Mieter, ID Logistics, für Gesprächsstoff durch „Hire & Fire“.

RICHTIG IST: ID Logistics hatte für die erste Halle unter Vollausslastung bis zu 500 Arbeitsplätze angekündigt. Das Unternehmen beschäftigt nach eigener Aussage am Standort inzwischen 470 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ist mit Abstand der größte Arbeitgeber in der näheren Region. Über die Arbeitgeberhaltung von ID Logistics und das angebliche „Hire & Fire“ schürt die BI unablässig die Gerüchteküche. Einen Beleg für diese Behauptung gibt es bis heute nicht.

Eine stattliche Zahl von Arbeitsplätzen bieten übrigens auch die kleineren Unternehmen, die sich im Gewerbegebiet angesiedelt haben. In Kürze folgen weitere. Sobald in der zweiten Halle die Arbeit aufgenommen wird, ist mit einer ähnlichen Entwicklung zu rechnen wie bei ID Logistics. Die Zahl der Arbeitsplätze wächst dann sicherlich weiter erheblich an.

Durch zahlreiche Dienstleistungen, die überwiegend von Unternehmen aus der Region erbracht werden (wie z.B. Pflege der Außenanlagen, Winterdienste, Wartungs- und Reparaturarbeiten etc.), werden weitere Arbeitsplätze erhalten oder neu geschaffen.

Keine Gewerbesteuer?

„Schon heute ist klar, dass die bei international aufgestellten Konzernen im ‚Logistikpark Frankfurt Nord-Ost‘ nicht der Rede wert sein wird“, behauptet die BI.

 **RICHTIG IST:** Nichts ist klar. Darüber hat die BI keinerlei gesicherte Erkenntnis. Die außerordentlich positiven Erfahrungen, z.B. aus Erlensee und anderen Kommunen, werden von der BI beharrlich ignoriert. Auch der Zweckverband kann derzeit zur Gewerbesteuer noch keine verlässliche Prognose abgeben, da die Veranlagung durch die Finanzämter noch nicht erfolgt ist, geht aber von einer deutlichen Stärkung des Gewerbesteueraufkommens aus. Nicht unbedeutend sind auch die Einnahmen der Kommunen aus der Grundsteuer und aus den Lohn- und Einkommensteueranteilen, die den Kommunen zugewiesen werden.

Das Schlimmste zum Schluss

Die BI befürchtet, dass „das überforderte Personal im ZWIGL-Vorstand (...) an seinen Fehlplanungen festhält. Dort wird man Gründe dafür haben. Die aber dürften nicht jene sein, die den Wählern präsentiert wurden.“



Das ist üble Nachrede. Die BI unterstellt dem Verbandsvorstand, dass er die eigentlichen Motive für „seine“ Planungen der Öffentlichkeit verbirgt und dass es geheimnisvolle Gründe gibt, die man besser verschweigt. Einmal abgesehen davon, dass der Verbandsvorstand nicht machen kann, was er will, sondern die Beschlüsse der gewählten Vertreterinnen und Vertreter umsetzt, fragen wir die BI:

Welche versteckten Gründe sollten das sein, die den Verbandsvorstand leiten? Wird hier unterstellt, dass die Vorstände sich persönliche Vorteile verschaffen?

Gemeinsame Stellungnahme zum Flyer der Bürgerinitiative



30. Mai 2020

ROTE LINIE ÜBERSCHRITTEN!

Die Bürgerinitiative Schatzboden verteilt derzeit einen Flyer, in dem sieben angebliche Skandale im Zweckverband Gewerbegebiet Limes angeprangert werden. Dazu nehmen die SPD-Ortsvereine Büdingen, Hammersbach und Limeshain, die CDU-Ortsverbände Büdingen und Limeshain, die Freien Wähler Büdingen, die FDP Büdingen und die Bürger Pro-Vernunft Büdingen* gemeinsame Stellung.

Wir stellen nicht das Recht in Frage, zum Gewerbegebiet Limes eine andere Haltung zu haben als die großen Mehrheiten in den Gemeindevertretungen von Limeshain und Hammersbach und in der Stadtverordnetenversammlung Büdingen sowie in der Verbandsversammlung des Zweckverbands Limes. Wir verwahren uns allerdings gemeinsam gegen die Methoden, mit denen die BI versucht, in der Bevölkerung mehr Unterstützung zu gewinnen. Der verteilte Flyer enthält eine Ansammlung schlimmer Verdrehungen, Unwahrheiten, Verzerrungen der Wirklichkeit und persönlicher Angriffe. Dies dient in keiner Weise dazu, den Menschen in unseren Kommunen ein realistisches Bild der Entwicklung im Gewerbegebiet Limes zu vermitteln. Eine Bürgerinitiative, die angeblich den Dialog sucht, vergreift sich in Tonfall und Wortwahl und greift ungerechtfertigt den Verbandsvorstand für Entscheidungen an, die wir gemeinsam getroffen haben.

Wir fordern die Bürgerinitiative dazu auf, künftig sachlich und fair zu informieren. Billige Politikerschelte und Populismus gibt es in unserem Land schon genug.

V.i.S.d.P.

Der Vorstand

**) Die Unterzeichner repräsentieren 83,4 % der Büdinger Stadtverordneten, 61,1 % der Hammersbacher Gemeindevertreter und 89,3 % der Limeshainer Gemeindevertreter. Die CDU Hammersbach wurde gefragt, wollte sich aber lieber nicht beteiligen. Die NPD Büdingen und die grünen Ortsverbände wurden nicht gefragt, ob sie die gemeinsame Erklärung unterstützen möchten. Mit der NPD macht niemand gemeinsame Sache. Und die Grünen stellen einen großen Teil des Personals der Bürgerinitiative, sind also in der Kritik mitgemeint.*

Nachwort

Liebe Leserinnen und Leser,

Es gäbe noch viel mehr zu den Veröffentlichungen der Bürgerinitiative Schatzboden und die Rolle der Limeshainer Grünen dabei zu sagen. Wir machen hier einen Punkt und überlassen es Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, sich Ihr eigenes Bild zu machen.

Für uns Sozialdemokraten in Limeshain gilt, dass wir uns in unserer Gemeinde weiterhin mit Sachthemen einbringen werden, wie wir es seit nahezu 50 Jahren tun. Auch strecken wir die Hand aus für diejenigen, die sich daran beteiligen wollen, denn wir sind nach wie vor der Meinung, dass ein Argument in der Sache und durch Mäßigung im Ton vorgetragen nicht schwächer, sondern immer stärker sein wird.

Bleiben Sie gesund

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Andreas Buck'. The signature is written in a cursive style with a prominent flourish at the end.